

Manfred HOLZTRATTNER

Unser gemeinsames Anliegen – Our common request**N.A.T.U.R. – N.A.T.U.R.E*****New And True Universal Responsibility¹⁾*****Zusammenfassung**

Wirtschaft und Gesellschaft sind unmittelbar miteinander verbunden. Es gibt keine Gesellschaft ohne Wirtschaft und keine Wirtschaft ohne Gesellschaft. Alles wirtschaftliche Handeln hat daher auch gesellschaftliche Auswirkungen. Aufgabe der Politik ist es daher, den für die Wirtschaft erforderlichen Ordnungsrahmen zu gestalten, der sich auch an den moralischen Normen der Gesellschaft – wie zum Beispiel Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Vertrauenswürdigkeit, Verantwortungsbewusstsein – ausrichten hat.

Die derzeitige Wirtschaftskrise ist auf das Fehlen des unverzichtbaren, auf die Gesellschaft bezogenen Verantwortungsbewusstseins bei vielen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen zurückzuführen. Die Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft haben weltweit aktiv dazu beigetragen, den für eine funktionsfähige Marktwirtschaft erforderlichen Ordnungsrahmen aufzuweichen, wodurch ein weltweites Spielfeld für Spekulanten auf den Devisen-, Wertpapier-, Rohstoff- und Immobilienmärkten entstanden ist, das nicht mehr ausreichend kontrolliert werden konnte.

Obwohl es in der Wirtschaftsgeschichte der letzten 200 Jahre genügend Beweise dafür gibt, dass derartige Krisen stets auf spekulative Auswüchse in einem viel zu liberalistisch-kapitalistischen Umfeld zurückzuführen sind, haben weder die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker noch die allein auf ihren eigenen wirtschaftlichen Vorteil bedachten Führungskräfte der Konzernwirtschaft aus diesen praktischen Beispielen gelernt und unbeirrt ihren liberalistisch-monetarischen

Kurs verfolgt. Die dadurch entstandenen Spekulationsblasen haben den größten finanziellen Scherbenhaufen aller Zeiten verursacht. Allein für die Rettung der Großbanken und für die Stützung der Konjunktur wurden weltweit über 10.000 Milliarden Dollar benötigt. Dies führte zu einer zunehmenden Verschuldung der Staaten, die nun vor fast unüberschaubaren finanziellen Problemen stehen.

Es ist daher dringend erforderlich, einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen: an Stelle des liberalistisch-monetaristischen Systems anglo-amerikanischer Prägung ist eine eigenständig europäische, öko-sozial ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu forcieren, in der die Realwirtschaft den Vorrang vor der Finanzwirtschaft erhält sowie langfristige Investitionen gefördert und kurzfristige Spekulationen verhindert werden. Der Glaube an ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und eine unbeschränkte Ausbeutung der Ressourcen ist zu ersetzen durch ein System, das mit den vorhandenen Mitteln sorgsamer und verantwortungsbewusster umzugehen weiß als bisher.

Unser gemeinsames wirtschafts- und damit auch gesellschaftspolitisches Anliegen für die Zukunft muss also eine nachhaltige Entwicklung und damit die Besinnung auf N.A.T.U.R. (um den Titel dieser Zeitschrift zu verwenden) sein, auf eine „New And True Universal Responsibility“, auf ein neues, ehrliches, weltumspannendes Verantwortungsbewusstsein.

Und dazu als Letztes noch eine persönliche Anregung:

Es wäre wohl wert darüber nachzudenken, ob wir nicht in einem dringend notwendigen europäischen Selbstbewusstsein versuchen soll-

ten, die Natur-, Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu einer „Europäischen Schule der menschlichen Verantwortung“ zu vernetzen, um – über das bisher sehr einseitige wirtschaftswissenschaftliche (Miss)Verständnis bezüglich der wahren Ziele des Wirtschaftens hinaus denkend – zu einem umfassenden und nachhaltigen Gesellschaftskonzept zu gelangen.

Summary

Economy and society are connected very close. There is no society without economy and vice versa no economy without society. All actions in the economy have impacts on the society and its members. The task of the politicians is to build up and maintain a frame of economic rules which has to orientate itself on moral standards like honesty, confidence, reliability and responsibility.

The present financial and economic crisis results from a worldwide lack of responsibility in the political and economic decisions of the past decades. By weakening the existent frame of order the chief executives permitted a vast playground for all the speculators in the markets for securities, foreign currencies, commodities and properties.

The economic history of the past 200 years shows clearly, that all comparable crises have their sources in the speculative excesses of the financial industry, promoted by a too liberalistic economic policy. But the “elitist” politicians and company leaders, responsible for their far-reaching decisions in the “global” economic system, did not observe their “global” responsibility and created the biggest financial disaster we ever had in the history. The recent bubble caused a

¹⁾ Folgender Beitrag basiert auf dem Vortrag „Die Finanz- und Wirtschaftskrise – Das Spannungsfeld zwischen liberaler und ökosozialer Marktwirtschaft.“ Er wurde vom Autor gehalten bei der 4. Fachtagung für Natur- und Landschaftsentwicklung der EuRegio Salzburg–Berchtesgadener Land–Traunstein „Kreisläufe in der Natur: Vorbild für Umdenkungsprozesse – Konsequenzen für die Bewältigung der Finanzkrise.“ Er soll Anstöße dazu geben, in Überlegungen zu Wirtschaft und Gesellschaft auch die Verantwortung gegenüber der Natur und ihren Kreisläufen zu integrieren.

financial demand of more than 10.000 Billion \$ only to rescue the big players in the financial industry und support the national economies worldwide. Therefore the states are indebted more than ever before and we all have financial and social problems we cannot assess yet. It is essential to take a different way: a social market economy instead of the past liberalistic-monetaristic system and the promotion of long-term investments

instead of supporting short-term speculations. We need to think of the crisis as a transition from a system founded on infinite growth and the endless mobilization of resources, towards a system dominated by the need to contend with rarity and limited possibilities.

Our common target in economic and social politics should be a sustainable development and the reflection on N.A.T.U.R.E (to use the title of this magazine): "New And

True Universal Responsibility".

And last but not least:

In a new European self-confidence we should think about linking together the different sciences (natural, arts, social, economics) to a "European School of Human Responsibility" to overcome the unbalanced economic (mis-)understanding referring to the proper targets of our economic actions and to come to a comprehensive, effective and sustained concept of social order.

1. Wirtschaft und Gesellschaft

Wenn heute auf der Straße jemand gefragt würde, was er mit „Wirtschaft“ verbindet, dann würden sicher Begriffe wie Unternehmer, Firmen, Börsen, Aktien genannt werden. Da die großen Konzerne – nicht zuletzt durch die unglaublichen Vorgänge in den letzten Jahren – im besonderen Blickfeld der Medien und damit der Öffentlichkeit stehen, wird „Wirtschaft“ auch vor allem mit diesen großen Einheiten identifiziert.

Das ist aber ein grober Trugschluss: „Wirtschaft“ sind nämlich wir alle, nicht nur die Unternehmer mit ihren Produktions-, Handels- und Dienstleistungsbetrieben, sondern auch alle, die als Mitarbeiter darin beschäftigt sind, alle, die als Konsumenten die erzeugten Produkte kaufen oder die angebotenen Dienstleistungen beanspruchen, alle, die im öffentlichen Dienst zu Bildung, Sicherheit, Verkehr, Versorgung und Verwaltung beitragen, etc. Somit auch all die, die die Natur nutzen. Auch die Hausfrau ist Teil dieser Wirtschaft, nicht nur durch ihre volkswirtschaftlich bisher nicht erfasste Leistung für die Gesellschaft, sondern auch indem sie mit ihrem Einkaufsverhalten sehr maßgeblich dazu beiträgt, dass vom Produzenten (zum Beispiel im Lebensmittelbereich) auch das erzeugt wird, was von ihr nachgefragt wird.

Wirtschaft und Gesellschaft sind daher untrennbar miteinander verbunden. Es gibt keine Wirtschaft ohne Gesellschaft und keine Gesellschaft ohne Wirtschaft, Wirtschaft ist nur ein Teilbereich des gesell-

schaftlichen Zusammenwirkens. Alles wirtschaftliche Handeln hat daher auch gesellschaftliche Wirkung, weshalb für die Wirtschaft auch die gesellschaftlichen „Spielregeln“, das heißt nicht nur die jeweiligen gesetzlichen Rahmenbedingungen, sondern auch die von der Gesellschaft anerkannten und praktizierten moralischen Normen zu gelten haben.

Es ist also ebenso ein Trugschluss, wenn neoliberale Wirtschaftswissenschaftler, Politiker und Konzernmanager glauben, wirtschaftliches Handeln könne von moralischen Grundwerten abgekoppelt, quasi „liberalisiert“ werden. Wirtschaften ohne ethisch fundierte Bezugspunkte wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Vertrauenswürdigkeit, Verantwortungsbewusstsein, etc. kann zwar vorübergehend sehr ertragreich – manche meinen damit auch erfolgreich – sein. Dem Gedanken der Nachhaltigkeit ist es aber nicht zuträglich. Man kann durch Betrug, Korruption oder Spekulation – wie wir täglich sehen – auch zu größerem Vermögen gelangen als durch ehrliche Arbeit. Die geschichtliche Erfahrung zeigt aber, dass diese Wege auf Dauer in die Irre gehen, da ein geordnetes gesellschaftliches Zusammenleben auf un- oder amoralischer Basis nicht möglich ist und langfristig damit nur großer Schaden, aber keinerlei Nutzen gestiftet wird.

Die Ök Katastrophe, die sich derzeit (seit Juni 2010) im Golf von Mexiko abspielt, ist nur ein Symptom der ökonomischen und ökologischen Verantwortungslosigkeit, die seit Jahrzehnten nichts anderes kennt,

als die Erzielung größtmöglicher Profite, ohne Rücksicht auf Mensch und Natur.

Das Jahr 2010 wurde von den Vereinten Nationen zum Jahr der Biodiversität erklärt. Ein Umdenkprozeß ist trotz unzähliger Mahnungen und Initiativen aber kaum zu erkennen. Wir sollten aber schon längst eingesehen haben, dass wir nicht nur an einer zunehmenden Überschuldung im Sinne von „Finanzkapital“ leiden, sondern auch an einer Überschuldung im Bereich des „Naturkapitals“ – in beiden Fällen sind aber „nachhaltige“ Lösungen nicht in Sicht, was schon kurzfristig zu wirtschaftlichen und politischen Folgen führen wird, deren Ausmaß heute noch nicht absehbar ist.

2. Die Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Finanzinstitute (Geschäfts- und Investmentbanken, Institute mit speziellen Finanzierungsaufgaben wie Bausparkassen, Hypothekenbanken, Versicherungen, etc.) haben innerhalb der Wirtschaft eine ganz besondere Stellung. Auf Grund ihrer Aufgabe, die Gelder der Anlage suchenden Kunden zu sammeln, diese in Form von Finanzierungen (im weitesten Sinne) an nachfragende öffentliche Institutionen, Unternehmen und Private weiterzugeben, ihre Kunden bei deren Veranlagungswünschen zu beraten und den Zahlungsverkehr abzuwickeln, etc., sind diese die finanzielle Drehscheibe des marktwirtschaftlichen Systems und damit eine ganz wesentliche Säule der Gesamtwirtschaft.

In dieser wichtigen Funktion müssen daher Banken auch ein besonderer Hort des Vertrauens und der Verantwortung sein. Da Vertrauen und Verantwortung moralische Begriffe sind, haben Führungskräfte in einer Bank auch ein besonderes Maß an moralischen Grundwerten zu beachten, was man gemeinhin mit Begriffen wie „Führungsethik“ oder „Berufsethos“ umschreiben kann.

In den vergangenen Jahren scheint sich aber ein Paradigmenwechsel in den weltweit agierenden Finanzkonzernen vollzogen zu haben. Waren vor 30 Jahren Bankpleiten fast undenkbar, so gehören Konkurse, Sanierungsaktionen und Skandale im Bereich der Großbanken inzwischen zur täglichen Berichterstattung in den Medien. An die Stelle der Bankkaufleute sind die „Banker“ getreten, die von Berufsethos offensichtlich wenig Ahnung haben, dafür aber bei ihren Gehältern, Provisionen, Bonifikationen und Aktienoptionen keinerlei Zurückhaltung kennen und deren „Führungs“qualifikation darin zu bestehen scheint, ihre Banken mit spekulativer Maßlosigkeit in die Pleite zu „führen“. Gerichtliche und finanzaufsichtliche Verfahren wegen Betrugs an ihren Anlegern, dubioser Geschäftspraktiken oder Bilanzfälschung gehören bei den größten Banken der Welt ohnehin bereits zu einem fixen Bestandteil ihrer Unternehmensgeschichte.

Diese fatale Entwicklung, in der die Großbanken vom unverzichtbaren Rückgrat zur fast untragbaren Belastung der Wirtschaft mutierten, brachte Mervyn King, der Gouverneur der Bank von England, Anfang 2008 bei seinen Bemühungen für die umfangreichen staatlichen Rettungspakete auf den deprimierten Punkt: „Wir müssen die übrige Volkswirtschaft vor den Banken schützen.“

Dieser Wandel im unternehmerischen Verhalten der „elitären“ Führungsspitzen gilt aber keineswegs nur für die Finanzbranche, sondern für die gesamte Konzernwirtschaft (von einigen wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen). Vor zwei

oder drei Jahrzehnten wäre es einem Konzernchef gar nicht in den Sinn gekommen, ein Jahreseinkommen in der Höhe des 500 oder 1000fachen (und mehr!) eines durchschnittlich verdienenden Mitarbeiters zu verlangen oder bei der öffentlichen Bekanntgabe des größten Unternehmensgewinnes aller Zeiten gleichzeitig den Abbau von tausenden Mitarbeitern zu verkünden.

3. Die Naturkrise

Wie es gerade in dieser Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise um die Natur bestellt ist, zeigen deutlich LEGGWIE u. WELZER 2009, die in ihrem Buch das ihrer Meinung nach bevorstehende Ende der gewohnten Welt beschreiben. Aber auch AMERY 2002 und von WEIZÄCKER et al. 2007 beschreiben die derzeitige Lage der Natur und die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen.

AMERY geht dabei davon aus, dass der „Kollaps der Biosphäre bevorstehe, denn allein fachlicher Einsatz von Geld und Energie führe zu biosphärischer Zerstörung (AMERY 2002, Umstellung im Zitat). Er fordert „neue Kulturen zu schaffen; Kulturen der wirklichen Emanzipation, der Herrschaft über unsere Bedürfnisse, des synergetischen Zusammenlebens mit den Bedingungen der Schöpfung“. Weiter schreibt er, „[w]ir brauchen die Langsamkeit und Entschleunigung sowie einen langen Atem“ (ebd.).

Von WEIZÄCKER et al. plädieren dafür, die Extreme zu vermeiden: „Was wir brauchen ist Gleichgewicht, Ausgewogenheit zwischen Freiheit und Ordnung, zwischen Innovation und Sicherheit (...), zwischen Privatwirtschaft und Staat oder auch zwischen privat und öffentlich“ (von WEIZÄCKER et al. 2007)

LEGGWIE u. WELZER fordern, der Bürgerschaft eine weit wichtigere Rolle zu zumessen, als ihr bisher zubilligt wurde. Ihr Plädoyer ist dabei, dass wir mehr, nicht weniger Demokratie bräuchten (LEGGWIE u. WELZER 2009).

All dies gilt umso mehr, als eine nachhaltige, gesunde wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne den Schutz, die Erhaltung und die Pflege der biologischen Vielfalt einschließlich ihrer Lebensräume möglich ist. Natur ist ein Kapital, das sich zu erhalten lohnt und das erhalten werden muss. Der Verlust an biologischer Vielfalt ist nachweislich nicht nur ein ökologisches Problem, sondern vielmehr auch ein ethisches und ein kulturelles.

Was wir dringender denn je benötigen sind Ermunterungen und Anforderungen zur Entwicklung neuer Formen des Werteschaffens und von Lebensstilen, die auf Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und auf einem gebotenen Weitblick für uns nachfolgende Generationen basieren.

In der öffentlichen Diskussion stehen vor allem die großen Finanzinstitute mit ihren überdimensionalen Spekulationen als die angeblichen *Verursacher* der nunmehrigen Wirtschaftskrise am Pranger. Manche wollen überhaupt ein Versagen der Marktwirtschaft erkennen – wir sollten aber bei der Schuldzuweisung etwas subtiler vorgehen und zwischen *Ursache* und *Auslöser* unterscheiden.

Die Finanzkonzerne (keineswegs aber die vielen kleinen und mittleren Banken, die nun selbst die Leidtragenden dieser Entwicklung sind!), das heißt ihre Führungs-„Eliten“ und deren Klientel von Börsenspekulanten waren zwar mit ihren maßlosen Wertpapier-, Rohstoff- und Immobilienspekulationen die *Auslöser* für das Platzen dieser sich seit Jahren aufbauenden Finanzblase; die *Ursache* dieser katastrophalen Fehlentwicklung liegt aber tiefer: Es war das Festhalten an einem liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystem anglo-amerikanischer Prägung, das seit den 1970er-Jahren in den USA (Ronald Reagan) und Großbritannien (Margaret Thatcher) praktiziert wurde und dann auch von den meisten Industrienationen in unterschiedlicher Ausprägung übernommen wurde. Erst diese liberalistische Wirtschaftspolitik mit dem laufenden und unbeirrbar Beiseiteräumen aller vorher bestehenden Ordnungsschranken

hat den *Global Players* die Spielwiesen für ihre weltweiten und durch nichts gehemmten Spekulationen eröffnet.

Die *Verursacher* dieser Misere sind also völlig eindeutig alle jene „überforderten“ Politiker und deren Umfeld, die die bestehenden „Spielregeln“, also den für die Wirtschaft bestehenden Ordnungsrahmen, durch aktive Gesetzgebung – denn auch die Aufhebung von Gesetzen ist ein Akt der Gesetzgebung – beseitigt und diese neue liberalistische Wirtschaftsstruktur bis zuletzt ausdrücklich gefördert haben. Die dezidierte Verweigerung der jeweils zuständigen Politiker, zum Beispiel eine Spekulationssteuer – die so genannte „Tobin-Steuer“ – auf alle Devisentransaktionen einzuführen oder die Hedgefonds zumindest, die allen erfahrenen Wirtschaftsfachleuten schon seit Jahren suspekt waren, ausreichend zu kontrollieren, sind nur zwei Musterbeispiele für die wohl offensichtlichen Überforderung hier, zeitgerecht Ordnung in das bereits seit langem ausufernde Spiel der Spekulanten zu bringen.

4. Die Lehrbeispiele

Die derzeitige Wirtschaftskrise ist absolut nichts Neues, vielmehr sind ähnliche Schwächephasen in den vergangenen 200 Jahren wirtschaftsgeschichtlich exakt nachzuweisen (zum Beispiel bei Joseph A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen*, 2 Bände, Göttingen 1939).

Abgesehen von den üblichen Konjunkturschwankungen wurden *alle* großen Wirtschaftskrisen der Vergangenheit *nicht* durch die Realwirtschaft, sondern durch Spekulationen der Finanzwirtschaft ausgelöst, *verursacht* von einer jeweils wohl zu liberalen Einstellung zur Wirtschaftspolitik insgesamt (so zum Beispiel 1815 in England, Mitte des 19. Jahrhunderts mehrmals in den USA, 1873 der Börsenkrach in Wien, 1907 wiederum in den USA und schließlich 1929 der Börsenkrach in den USA mit der anschließenden Weltwirtschaftskrise). Aber auch jüngere Ereignisse hätten den verantwortlichen Wirtschaftspolitikern zeigen müssen, dass der seit

den 1970er-Jahren eingeschlagene Weg eines liberalen Kapitalismus völlig in die Irre führt: die Bankenkrise Mitte der 1980er-Jahre in den USA, in Skandinavien und in Japan, die Krisen in Asien und in Rußland 1997/98, die erste große Pleite eines Hedgefonds 1998 in den USA, der Zusammenbruch der New Economy mit riesigen Vermögensschäden an den hierfür geschaffenen Börsen 2000/01 (zum Beispiel am „Neuen Markt“ in Frankfurt, auf dem rund 200 Milliarden € vernichtet wurden). Die Politik hat aber nicht nur keinerlei Lehren daraus gezogen, sondern die Hedgefonds, die vielen Derivate und die immer größer werdenden Spekulationen auf den Rohstoff- und Immobilienmärkten sogar aktiv unterstützt und ausdrücklich befürwortet.

5. Die politische Verantwortung

Die für diese weltweite Fehlentwicklung Verantwortlichen – und damit meine ich ganz ausdrücklich nicht die der lokalen und regionalen Ebene, die ihren Kunden noch nahe sind und deren Interessen oft mit großem Einsatz und Idealismus vertreten – haben ganz offensichtlich nach dem Motto operiert: „Wir können alles, aber nichts dafür!“.

Als „Alleskönner“ präsentierten sie sich der staunenden Öffentlichkeit Arm in Arm mit den großen Konzernlenkern. Das führt natürlich zu Abhängigkeiten, die sich in Handlungsweisen – zum Beispiel bei der beharrlichen Verweigerung zur Lösung der immer dramatischer werdenden Umweltfragen – täglich widerspiegeln. Wenn es aber um die Verantwortung für vermeidbare Fehlentwicklungen geht, „können sie nichts dafür“: zum Beispiel wenn Industrie und Transportwesen immer mehr Schadstoffe emittieren, wenn Devisen- und Wertpapierspekulanten freie Fahrt für ihren weltweiten Einsatz bekommen und damit Spekulationsblasen erzeugen, die gesamtwirtschaftlich inzwischen verheerende Ausmaße angenommen haben. Diejenigen, die diese Schleusen geöffnet haben, hätten die Verpflichtung, diese ganz rasch so weit zu schließen, dass wieder Ordnung in die Wirtschaft

einzieht. Die derzeit nach wie vor praktizierte „freie“, möglichst ungebundene und im Interesse der großen Spieler möglichst ungeordnete „Marktwirtschaft“ ist jedenfalls keine akzeptable „Wirtschaftsordnung“ und sollte so rasch wie möglich von dem System einer weltweit, zumindest aber europaweit, akzeptierten öko-sozialen Marktwirtschaft abgelöst werden.

So wie einzelne Verantwortliche die oben erwähnten Schleusen nicht alleine hätten öffnen können, sondern dies nur in einem einträchtigen Konzert möglich gemacht wurde, so verschanzen sich die jetzigen Akteure bei dieser Frage der Verantwortlichkeit stets hinter der vordergründigen „Unbeeinflussbarkeit globaler Abläufe“. Die USA, Europa, Japan und China als die derzeit großen Industriegruppen zeigen mit ihren inzwischen leeren Brieftaschen aufeinander und schieben sich den „Schwarzen Peter“ des Handlungsbeginns gegenseitig zu. Niemand will im Interesse „seiner“ Wirtschaft (in Wahrheit „seiner“ Konzerne) mit den einschneidenden Maßnahmen beginnen.

Da aller Anfang darin liegt, die eigenen Hausaufgaben wahrzunehmen, stellt sich die Frage, wozu wir dieses größere Europa geschaffen haben und ob wir nicht endlich den gesamteuropäischen Mut haben sollten, mit einer von den USA etwas weniger beeinflussten eigenen Wirtschaftspolitik (unterstützt durch konzernunabhängige europäische Wirtschaftswissenschaftler) gegenzusteuern. Das würde ganz sicher für einige Großaktionäre etwas weniger Dividenden, für die Konzernmanager den Entfall von Bonifikationen und für die Spekulanten geringere Profite bedeuten, die Wirtschaftsstrukturen und damit auch der Wohlstand würden aber wieder auf eine breitere, sozialere und krisenresistentere Basis gestellt werden. Darüber hinaus hätten sich die Industrienationen ihrer Verpflichtung bewusst zu werden, der Ausbeutung der unterentwickelten Länder und der darin lebenden 3 Milliarden Menschen ein Ende zu bereiten. Allein die Mittel, die für die Sanierung der notleidenden Groß-

banken aufgewendet werden mussten, nämlich ca. 3-4.000 Milliarden \$ weltweit (ohne Garantien), hätten ausgereicht, um den Hunger auf der Welt dauerhaft zu beseitigen.

6. Die wirtschaftliche Verantwortung

Spätestens seit John Passmores Buch „Man's Responsibility for Nature“ (1974) oder Hans Jonas' „Prinzip Verantwortung“ (1979) steht die Frage der Verantwortung für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Abläufe als Kern einer Diskussion über Ethik in Politik und Wirtschaft fest.

Unternehmerische Verantwortung ist daher wie politische Verantwortung eine moralische Kategorie, hängen doch Entscheidungen in diesen Bereichen mit existentiellen Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen zusammen. Diesen Konnex zwischen persönlichen moralischen Standards und ökonomisch relevantem Verhalten kann man auch in der Führungsethik verfolgen.

Als Chef eines Unternehmens, ob als Eigentümer oder als Manager, hat man zu allererst die Aufgabe, dieses Unternehmen langfristig auf- und auszubauen. Kurzfristige Gewinnorientierung, wie sie derzeit als „Shareholder-Value-Prinzip“ allgemein praktiziert wird, kann zwar spektakulär, langfristig aber sogar tödlich sein, da man dabei zumeist die notwendigen Investitionen (nicht nur in Sachwerte, sondern vor allem auch in gut ausgebildete Mitarbeiter und tragfähige Beziehungen zu Geschäftspartnern) zwangsläufig außer acht lässt. Ein Unternehmer hat daher – wie Kardinal Franz König es einmal formuliert hat – nicht nur *sach-*, sondern auch *mensch-* und *gesellschaftsgerecht* zu handeln.

Wenn zehntausende von Mitarbeitern in der Industrie und bei Großbanken freigesetzt und damit quasi der Allgemeinheit zu Disposition gestellt werden und diese Unternehmen gleichzeitig horrend steigende Gewinne bekannt geben, dann zeugt dies zwar aus dem Blickwinkel der shareholder von sachgerechtem Handeln, menschen- und

gesellschaftsgerecht ist es aber sicherlich nicht. Wo dieses „sachgerechte“ Handeln aber hinführen kann, zeigen inzwischen viele Firmenzusammenbrüche und Notfusionen, die – nach vorübergehend schönen beziehungsweise geschönten Bilanzen – unvermeidlich werden, wenn die Unternehmen mit ihren abgehobenen Managern die „Bodenhaftung“ verlieren.

Je verbundener aber ein Unternehmen mit seinem Standort, mit den Menschen des betreffenden Landes, der betreffenden Region und damit auch mit ihren Mitarbeitern und Kunden ist, desto mehr wird sich ein solches Unternehmen um die mit dem Wirtschaften untrennbar verbundenen menschlichen und gesellschaftlichen Komponenten kümmern. Kleine, mittelständische Unternehmen (und das sind über 99 % aller Betriebe in Deutschland oder Österreich!) sind daher großen Wirtschaftseinheiten gerade in einer Marktwirtschaft vorzuziehen, da übergroße Einheiten nur dazu führen, dass die Marktmechanismen durch Kartell-, Oligopol- oder Monopolbildungen außer Kraft gesetzt werden – die Erdölindustrie mit ihren Kartellpreisen ist ein Musterbeispiel hierfür. Die Wirtschaftspolitik hat auf diese beweisbaren Strukturvorteile der mittelständischen Betriebe mehr Rücksicht zu nehmen und den klar erkennbaren Fehlentwicklungen zu sinnlosen und schädlichen Größenordnungen entgegenzuwirken.

Gerade jetzt, wo alles nur mehr von Globalisierung spricht und die Konzerne weiterhin in schier endlose Fusionen und damit in noch nie da gewesene Größenordnungen abgleiten, beweist der Mittelstand seine Kraft: Während die Zahl der Beschäftigten in der Industrie (einschließlich der Großbanken) in den letzten 10 Jahren sowohl in den USA als auch in Europa stark rückläufig war, ist die Zahl der Mitarbeiter bei den kleinen und mittelständischen Betrieben teilweise sogar gewachsen. Sie sind also das eigentliche Rückgrat der Wirtschaft.

7. Die moralische Verantwortung

Da „Verantwortung“ ein moralischer Begriff ist, müssen politische wie wirtschaftliche Entscheidungen unvermeidlich und unverzichtbar mit moralischen Maßstäben gemessen werden. Der Zugang zu diesen Maßstäben mag wohl zwischen Theologen, Philosophen, Soziologen, Politologen, Ökonomen, etc. höchst unterschiedlicher Natur sein. Die Zehn Gebote wären sicher ein schon seit Jahrtausenden gültiges Regelwerk, aber auch der vier „Kardinaltugenden“ der griechischen Philosophen könnte man sich wieder entsinnen. Das sind:

- die *Weisheit* in Form fachlicher Kompetenz und vernünftiger Entscheidungen
- die *Gerechtigkeit* in Form sozialer Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein
- die *Tapferkeit* in Form des Bewahrens und der Beibehaltung von Rückgrat bei der Durchsetzung gesteckter Ziele
- das rechte *Maß* in Form des Erkennens der notwendigen – auch der eigenen – Grenzen.

Dummheit, Ungerechtigkeit, Feigheit und Maßlosigkeit wären also genau jene gegenteiligen Eigenschaften, die es im gesellschaftlichen Zusammenleben zu vermeiden gilt.

Um mit der *Weisheit* zu beginnen: Klugheit beziehungsweise fachliche Kompetenz als Voraussetzung für eine Führungsfunktion bedeutet, dass man die notwendige Ausbildung, die Fachkenntnisse, das Detailwissen für den Aufgabenbereich mit sich bringen muss, den man auszufüllen hat. In vielen Führungsetagen ist dieser Grundsatz mitunter sträflich vernachlässigt worden, denn viele in den „elitären“ Etagen besitzen kaum jene fachliche Qualifikation, die für die Ausfüllung ihres Amtes erforderlich wäre. So werden diese Funktionsträger abhängig von „Beratern“ und „Einflüsterern“, die den mangelnden Sachverstand durch gute Ratschläge entsprechend kompensieren sollen. Wenn man sich diese nähere Umgebung ein wenig genauer ansieht, dann sind wohl die wenigsten dieser Ratgeber jene

objektiven Sachwalter, die für sachlich fundierte Entscheidungen erforderlich wären, sondern – abgesehen von den gottlob zumeist sehr guten Beraterstäben – Lobbyisten, die sehr subjektive Interessen für sich selbst oder für bestimmte Gruppen, von denen sie unterstützt werden verfolgen. Ein extremes Beispiel hierfür war bis vor kurzem die so genannte Bush-Administration in den USA, der man in den Medien nachsagte, der verlängerte Arm der Wall Street und der Erdöl-Lobby zu sein. Die Quittung hierfür haben die USA selbst in mehrfacher Hinsicht bereits erhalten: von der Pleite ihrer großen Bankkonzerne, über die riesigen Umweltschäden zuerst in Alaska und jetzt in noch viel größerem Ausmaß im Golf von Mexiko, bis zur höchsten Staatsverschuldung aller Zeiten.

Leider sind auch die „Eliten“ in der Wissenschaft vor Anfechtungen nicht gefeit. Denn sie lassen sich mitunter vielfach bei ihren Lehr- und Beratungsaufgaben auch vor den Karren der wirtschaftlichen Interessengruppen spannen, indem sie auf Bestellung jene „wissenschaftlichen“ Gutachten, Lehrmeinungen und Medienbeiträge liefern, die von ihren Auftraggebern gewünscht werden.

Nach dieser kurzen Betrachtung der Tugend der *Weisheit* machen wir einen Blick auf jene der *Gerechtigkeit*. Darunter haben Führungspersönlichkeiten die Aufgabe zu verstehen, mit ihren Verhandlungs- und Gesprächspartnern, Mitarbeitern und anderen mehr oder weniger abhängigen Personen fair umzugehen, diese nicht zu täuschen, gar zu betrügen und nicht nur den eigenen Vorteil, sondern auch den Nutzen der anderen im Auge zu behalten. In der Praxis hat sich noch immer herausgestellt, dass die fairen, die ehrlichen Geschäfte, bei denen alle Partner profitieren und sich keiner fälschlich oder gar falsch behandelt fühlt, langfristig die besten Geschäfte sind.

Hinter der Tugend der *Tapferkeit* steht der Wille, kluge Entscheidungen auch verantwortungsbewusst durchzusetzen, manchmal auch gegen den Strom (den „mainstream“)

zu schwimmen, eine eigene Meinung zu vertreten und die Flinte nicht vorzeitig ins Korn zu werfen. Dieser politische oder unternehmerische Mut muss aber stets auch von Demut begleitet werden, denn gerade erfolgreiche Führungskräfte können ganz leicht auch bescheiden sein, da ihre Leistung ja für sich selbst spricht. Nur der Misserfolg bedarf der laufenden Bemäntelung durch publikumswirksame Selbstdarstellung, wobei allerdings die im nächsten Absatz erwähnte Eitelkeit keine unwesentliche Rolle spielt.

Die vierte Führungstugend ist das Erkennen des richtigen *Maßes* bei allen Entscheidungen. Die Unternehmensberaterin Gertrud Höhler schreibt in ihren „Spielregeln für Sieger“: „Zum Maßhalten gehört die angemessene Einschätzung unserer eigenen Kräfte und unserer Reichweite. Seinen Geltungsdrang zu mäßigen, das ist für jeden ego-starken Manager eine kardinale Aufgabe.“ Und weiter: „Wer der Selbstüberschätzung entgegen will, muß sich die Kontrolle durch ethische Maßstäbe zumuten, die das Maß aller Dinge nicht in der Macht des Menschen ansiedeln, sondern in seiner Würde.“

Der große Soziologe Max Weber stellte daher schon vor 90 Jahren in seiner Vorlesung an der Universität München drei Grundforderungen an die jeweils verantwortlichen Führungskräfte:

1. Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit
2. Verantwortungsgefühl im Interesse des Sachanliegens
3. Augenmaß als notwendige persönliche Distanz zu Dingen und Menschen.

Der Verlust dieses Augenmaßes, die schier grenzenlose Maßlosigkeit und die Gier nach Macht und Geld haben wohl ein weltweites Desaster angerichtet, das den in den Industrienationen erarbeiteten breiten Wohlstand gefährdet, den Aufstieg der noch ärmeren Nationen verhindert und für dessen Aufarbeitung vermutlich noch die nächsten Generationen, ihren nicht unerheblichen Beitrag zu leisten haben.

8. Der Scherbenhaufen

Jetzt stehen wir jedenfalls vor einem fast unüberschaubar gewordenen Scherbenhaufen. Die Quantifizierung des Schadens, der hier angerichtet wurde, wird wohl nie objektiv nachvollziehbar sein.

Auf Grund der bisher bekannt gegebenen Bankensanierungs- und Konjunkturstützungsmaßnahmen belaufen sich die öffentlichen Belastungen weltweit bereits auf über 10.000 Milliarden Dollar, eine Summe, die bisherige Rechengrößen im Wirtschaftsbereich bei weitem sprengt. Da mehrere tausend Milliarden hiervon bereits als Kapitalaufstockungen bei Banken und Industrieunternehmen sowie Konjunkturspritzen geflossen sind und dazu noch erhebliche Kosten für Arbeitslosigkeit, etc. anfallen, machen sich diese Zahlungen zwangsläufig als Neuverschuldung in den Budgets der betroffenen Länder dramatisch bemerkbar. Und da Schulden samt Zinsen bekanntlich von den Staaten, das heißt im Endeffekt von den Steuerzahlern zu begleichen sind, ist der Ruf der Öffentlichkeit nach mehr Ordnung in der Wirtschaft, mehr Transparenz bei der Sanierung der notleidenden Konzerne und nach härteren Auflagen für die Verursacher der Krise mehr als verständlich. Zusätzlich offenbaren sich nun auch noch die selbst produzierten Schwächen einzelner Volkswirtschaften wie Griechenland.

Neben diesem wirtschaftlichen stehen wir aber auch vor einem ökologischen und moralischen Scherbenhaufen. Verursacht wurde diese Situation durch Konzernchefs, die sich als Bilanzfälscher und gleichzeitig aber auch als Bezieher unsittlich hoher Gehälter und Bonifikationen entlarven, und durch eine „Elite“ von andersweitig Verantwortlichen, die sich nicht nur als untätig, sondern auch als unfähig erwiesen hat, zeitgerecht für Ordnung zu sorgen. Gerade diese aber sind derzeit bemüht, in den Augen der Öffentlichkeit vielleicht sogar als „Retter in der Not“ aus diesem Debakel herauszukommen.

Die missliche Situation nicht nur in den USA, sondern auch in Europa

(von Irland bis Griechenland) hat jedenfalls besorgniserregende Dimensionen erreicht und sollte die Verantwortlichen wohl endlich zu einer Kurskorrektur in Richtung einer Nachhaltigen Entwicklung veranlassen. Die notwendigen Maßnahmen sind hinlänglich bekannt und müssten nur gegen den natürlichen Widerstand der Nutznießer durchgesetzt werden.

Zur Erinnerung: *Nachhaltige Entwicklung* wurde erstmals im so genannten Brundtland-Report (1987) definiert als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“. Diese Definition sollten sich die jeweiligen Verantwortlichen bei ihren künftigen Entscheidungen zu Herzen nehmen.

9. Der Paradigmenwechsel

„Nur indem wir Schritt für Schritt Institutionen zur Sicherung der Freiheit und insbesondere der Freiheit vor Ausbeutung planen, nur so können wir hoffen, eine bessere Welt zustande zu bringen“, meinte Karl R. Popper in seinem Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, das er 1944 unter dem Eindruck diktatorischer Regime und zentralistischer Wirtschaftssysteme geschrieben hat.

Kein vernünftiger Mensch käme wohl heute noch auf die Idee, eine Volkswirtschaft zentral planen zu wollen. Das Jahr 1989 hat den Schlussstrich unter das sieben Jahrzehnte dauernde Experiment eines kommunistischen Gesellschaftssystems mit einer allumfassend planenden Zentralverwaltungswirtschaft gezogen, nachdem dieser Versuch nach einem politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Desaster beendet werden musste.

Kein vernünftiger Mensch wird hoffentlich in einigen Jahren noch behaupten wollen, dass ein von allen Einschränkungen befreites, kapitalistisches, monetaristisches Wirtschaftssystem die beste aller Wirtschaftsformen wäre, nachdem sich dieser Irrweg nach vier Jahrzehnten (wieder einmal) mit einem Knalleffekt als Bereicherungsmethode für einige wenige demaskiert hat.

Der nun notwendige Paradigmenwechsel sollte vor allem darin bestehen,

- der Realwirtschaft den Vorrang vor der Finanzwirtschaft
- dem Wirtschaftsfaktor Arbeit den Vorrang vor dem Kapital
- den langfristigen Investitionen den Vorrang vor den kurzfristigen Spekulationen
- der öko-sozialen Komponente den Vorrang vor einem liberalistisch-monetaristischen System

zu verschaffen und damit zu einer „humanen Marktwirtschaft“ zu gelangen, die das Wohl aller Menschen und nicht das Mehr an Finanzausstattung für einige wenige in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Zielsetzungen stellt.

Und wenn wir damit künftig auch wieder mehr *Ethik* erwarten, dann wäre *dies* wohl nur die selbstverständliche Voraussetzung für die Realisierung beziehungsweise Revitalisierung moralisch fundierter Werte.

Da also wirtschaftliche Freiheit nicht mit Schrankenlosigkeit und Macht nicht mit Willkür verwechselt werden dürfen und Geld (in allen seinen Erscheinungsformen) nicht der Zweck an sich, sondern nur Mittel zum Zweck sein darf, gilt für den angesprochenen Paradigmenwechsel das Wort von Kardinal Franz König: „Wir brauchen nicht nur eine Reform der Zustände, sondern vor

allem auch eine Reform der Gesinnung“.

Neue Eliten mit einer besseren moralischen Gesinnung müssten in Europa mit europäischem Selbstbewusstsein und auf der Basis unserer bewährten europäischen Kultur die Reform enkelverträglich anpacken. Und wir alle sollten diese wichtige Arbeit an einer menschenwürdigen Zukunft nicht nur für die Bürger in Europa, sondern für alle Bewohner dieser Erde im Rahmen unserer Möglichkeiten mitgestalten.

Lassen wir es doch ein gemeinsames und nachhaltiges Anliegen für uns alle sein: die Besinnung auf N.A.T.U.R. (um den Titel dieser Zeitschrift zu verwenden), auf die Wahrnehmung einer „New And True Universal Responsibility“, eines neuen, ehrlichen, weltumspannenden Verantwortungsbewusstseins.

Literatur

- AMERY, C. (2002): Global Exit – Die Kirchen und der totale Markt. Luchterhand. München.
- HOLZTRATTNER, M. (2007): Macht ohne Moral, Wirtschaft und Politik am Beginn des 3. Jahrtausends. Kiesel-Verlag. Salzburg.
- HOLZTRATTNER, M. u. SEDMAK, C. (2009): Eliten oder Nieten, Die Finanz- und Wirtschaftskrise als Folge politischer und wirtschaftlicher Führungsschwächen. Kiesel-Verlag. Salzburg.
- LEGGWIE, C. u. WELZER, H. (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. S. Fischer Verlag. Frankfurt am Main.
- WEIZÄCKER von, E. U.; YOUNG, O. R.; FINGER, M. (Hrsg.) (2007): Grenzen der Privatisierung – Wann ist des Guten zuviel? Bericht an den Club of Rome. 2. Auflage. Hinsel Verlag. Stuttgart.

Anschrift des Verfassers:

Prof. DDr. Manfred Holztrattner
Schwarzstraße 15
A-5020 Salzburg

Hinweise für Autoren – Manuskripthinweise

Einsendungen von Beiträgen (in deutscher Sprache) aus dem Bereich Naturschutz und Landschaftspflege sind willkommen.

Es werden in der Regel nur bisher unveröffentlichte Beiträge zur Publikation angenommen. Der Autor/die Autorin versichert mit der Einreichung seines/ihrer Typoskripts, dass sein Beitrag und das von ihm/ihr zur Verfügung gestellte Bildmaterial usw. die Rechte Dritter nicht verletzt oder verletzen wird. Grundsätzlich sind für alle Bestandteile die Quellen anzugeben. Der Autor/die Autorin stellt den Verlag (ANL) insoweit von Ansprüchen Dritter frei. Im Einzelfall ist die eventuell notwendige Beschaffung des Copyrights mit der Schriftleitung schriftlich abzuklären.

Zur Einhaltung der gewünschten Formalien gibt es „Hinweise für Autoren/Richtlinien“, die bei der Redaktion angefordert werden können.

Mit der Einreichung des als „Druckreife Endfassung“ gekennzeichneten und mit der Adresse versehenen Typoskripts erklärt sich der Autor/die Autorin mit einer Veröffentlichung einverstanden. Die Redaktion der ANL behält sich vor, Bilder, Tabellen, Grafiken oder ähnliches in Einzelfällen nach zu bearbeiten und gegebenenfalls Textkürzungen und kleinere Korrekturen vorzunehmen.

Sollte der/die Autor/in beabsichtigen seinen/ihren Beitrag in identischer oder ähnlicher Form auch anderweitig zu veröffentlichen, ist dies nur in Absprache mit der ANL-Redaktion möglich.

Zum Urheber- und Verlagsrecht sowie bezüglich Zusendungen: siehe unten!

Anschriften der ANL

Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Seethalerstraße 6 / 83410 Laufen

Postfach 12 61 / 83406 Laufen

Internet: <http://www.anl.bayern.de>

E-Mail: Allgemein: poststelle@anl.bayern.de

Mitarbeiter: vorname.name@anl.bayern.de

Tel. 0 86 82 / 89 63 - 0

Fax 0 86 82 / 89 63 - 17 (Verwaltung)

Fax 0 86 82 / 89 63 - 16 (Fachbereiche)

Hotel – Restaurant – Bildungszentrum

Kapuzinerhof

Schlossplatz 4

83410 Laufen

Internet: <http://www.kapuzinerhof.de>

E-Mail: Info@Kapuzinerhof.de

Tel. 0 86 82 / 9 54 - 0

Fax 0 86 82 / 9 54 - 2 99

Impressum

ANLIEGEN NATUR

Zeitschrift für Naturschutz,
Pflege der Kulturlandschaft
und Nachhaltige Entwicklung
Heft 34 (2010)
ISSN 1864-0729
ISBN 978-3-931175-92-4
Verkaufspreis 7,50 €

Herausgeber und Verlag:

Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Seethalerstraße 6, 83410 Laufen

Internet: www.anl.bayern.de

E-Mail: poststelle@anl.bayern.de

Satz: Hans Bleicher, Grafik · Layout · Bildbearbeitung

Druck: OrtmannTeam GmbH

Stand: Oktober 2010

© ANL, alle Rechte vorbehalten

Gedruckt auf Papier aus 100 % Altpapier

Schriftleitung und Redaktion:

Ursula Schuster, ANL

Tel.: 0 86 82 / 89 63 - 53

Fax: 0 86 82 / 89 63 - 16

Ursula.Schuster@anl.bayern.de

Die Zeitschrift versteht sich als Fach- und Diskussionsforum. Für die Einzelbeiträge zeichnen die jeweiligen Autoren verantwortlich. Die mit dem Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers bzw. der Schriftleiterin wieder.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Dr. h. c. Ulrich Ammer,
Prof. Dr. Bernhard Gill, Prof. em. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Haber,
Prof. Dr. Klaus Hackländer, Prof. Dr. Ulrich Hampicke,
Prof. Dr. Dr. h. c. Alois Heißenhuber, Prof. Dr. Kurt Jax,
Prof. Dr. Werner Konold, Prof. Dr. Ingo Kowarik,
Prof. Dr. Stefan Körner, Prof. Dr. Hans-Walter Louis,
Dr. Jörg Müller, Prof. Dr. Konrad Ott, Prof. Dr. Jörg Pfadenhauer,
Prof. Dr. Ulrike Pröbstl, Prof. Dr. Werner Rieß,
Prof. Dr. Michael Suda, Prof. Dr. Ludwig Trepl.

Erscheinungsweise:

Seit Frühjahr 2007 1-2 mal jährlich

Urheber- und Verlagsrecht:

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge, Abbildungen und weiteren Bestandteile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der ANL und der AutorInnen unzulässig.

Bezugsbedingungen/Preise:

Über Preise und Bezugsbedingungen im Einzelnen: siehe Publikationsliste am Ende des Heftes.

Bestellungen über: bestellung@anl.bayern.de

oder über den Internetshop www.bestellen.bayern.de

Auskünfte über Bestellung und Versand:

Annemarie.Maier@anl.bayern.de

Zusendungen und Mitteilungen:

Manuskripte, Rezensionsexemplare, Pressemitteilungen, Veranstaltungsankündigungen und -berichte sowie Informationsmaterial bitte nur an die Schriftleitung/Redaktion senden. Für unverlangt Eingereichtes wird keine Haftung übernommen und es besteht kein Anspruch auf Rücksendung. Wertsendungen (Bildmaterial) bitte nur nach vorheriger Absprache mit der Schriftleitung schicken.

Die Schriftleitung/Redaktion bittet darüber hinaus um Beachtung der Rubrik „Hinweise für Autoren – Manuskripthinweise“ am Ende des Heftes.